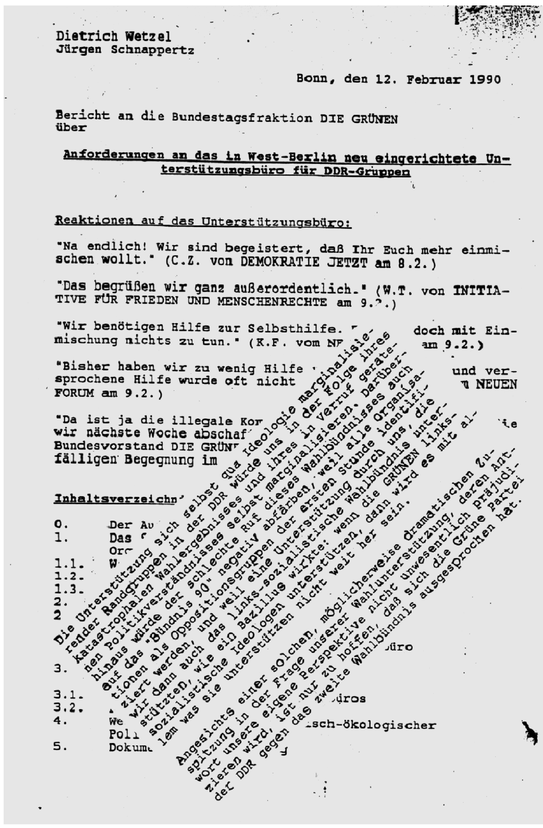
Ade DDR II

Neben der siegesgewissen SPD und außerhalb der Koalitionen mit den Block- und Westparteien, die als „Allianz für Deutschland" und „Bund freier Demokraten" zur Wahl standen, existierte aber noch ein Teil der alten Opposition. Doch das Scheitern der eigenen Vorhaben und machtbedürftiger Pragmatismus führten hier zu vorauseilenden Ausgrenzungsbedürfnissen. Das Anfang Januar projektierte Wahlbündnis der Opposition umfasste bald nur mehr das *Neue Forum*, die *IFM* und *Demokratie jetzt*. Die *Vereinigte Linke* galt hier ob ihrer unausgesetzt sozialistischen Ziele als überholt und dogmatisch. Tatsächlich waren die politischen Differenzen zu groß: die Forderung nach Anerkennung der „Deutschen Einheit" und der „Marktwirtschaft" war im ehemals oppositionellen Spektrum vielleicht mehrheits-, aber nicht konsensfähig. Anfang Februar standen aber die *Grüne Partei* der DDR und der *Unabhängige Frauenverband* nicht zu Unrecht im Verdacht, die Grenze nach links nicht hinreichend deutlich ziehen zu wollen. Der beunruhigende Gedanke an ein Wahlbündnis dieser Gruppen mit der *VL* rief Besorgnis und wohlmeinende Ratschläge auf den Plan. Auch die Grünen im Westen kalkulierten ihre Erfolgschancen. Schließlich gab es drei Wahlbündnisse anstelle eines Oppositionsblocks. Politische Differenzen und wahltaktischer Opportunismus führten zu einem bunten und erfolglosen Auftritt der Wendeopposition auf der parlamentarischen Bühne. Von 400 Mandaten in der Volkskammer entfielen auf sie zusammen 25 Abgeordnete, die sich nicht zusammen zählen lassen wollten.

In der Volkskammerwahl am 18. März 1990 von den ehemaligen Oppositionsgruppen erreichte Mandate

Aktionsbündnis Vereinigte Linke	1
Bündnis 90	12
Demokratischer Aufbruch	4
Grüne Partei / Unabhängiger Frauenverband	8

Selbstbewusst: Trotz Ihrer ausgefeilten Analysen hatte die *Initiative für eine Vereinigte Linke* nur schwer zu einer brauchbaren politischen Form finden können. Nach Ihrer Ausgrenzung im bürgerbewegten Spektrum machte sie einen Wahlkampf nach Ihrem Geschmack



Dietrich Wetzel
Jürgen Schnappertz

Bonn, den 12. Februar 1990

Bericht an die Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN
über

Anforderungen an das in West-Berlin neu eingerichtete Unterstützungsbüro für DDR-Gruppen

Reaktionen auf das Unterstützungsbüro:

"Na endlich! Wir sind begeistert, daß Ihr Euch mehr einmischen wollt." (C.Z. von DEMOKRATIE JETZT am 8.2.)

"Das begrüßen wir ganz außerordentlich." (W.T. von INITIATIVE FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE am 9.2.)

"Wir benötigen Hilfe zur Selbsthilfe. [illegible] doch mit Einmischung nichts zu tun." (K.F. vom NF[illegible] am 9.2.)

"Bisher haben wir zu wenig Hilfe [illegible] und versprochene Hilfe wurde oft nicht [illegible] NEUEN FORUM am 9.2.)

"Da ist ja die illegale Kor[illegible] wir nächste Woche abschaf[illegible] Bundesvorstand DIE GRÜN[illegible] fälligen Begegnung im

Inhaltsverzeichn[illegible]

0. Der Au[illegible]
1. Das [illegible]
Orc[illegible]
1.1. W[illegible]
1.2.
1.3.
2.
2

Die Unterstützung sich selbst qua Ideologie marginalisierender Randgruppen in der DDR würde uns in der Folge ihres Kaczastrophalen Wahlergebnisses sehr, weil uns ihre Verrufgeräte-nen Politikverständnisses und ihre Marginalisierung durch uns hinaus würde der Schlechte Ruf dieses Wahlbündnisses auf das Bündnis 90 negativ abfärben. Darüber-tionen als Oppositionsgruppen der ersten Stunde identifi-ziert werden, und weil eine Unterstützung durch uns die auch das links-sozialistische Wahlbündnis unter-stützend, wie ein Magnet wirkte, wenn die GRÜNEN links-sozialistische Ideologen unterstützen, dann wird es mit Angesichts einer solchen, möglicherweise dramatischen Zuspitzung in der Frage unserer Wahlunterstützung, deren unsere eigene Perspektive nicht unwesentlich präjudiziert wird, ist nur zu hoffen, daß sich die Grüne Partei der DDR gegen das zweite Wahlbündnis ausgesprochen hat.

3. [illegible]ürо
3.1. [illegible]ros
3.2.
4. We[illegible]
Poli[illegible]sch-ökologischer
5. Dokum[illegible]

Ein erster Eindruck von den Verhältnissen im wilden Osten führte die Beauftragten der Grünen Bundestagsfraktion zu erschreckenden Resultaten. Im Fall einer rot-grünen Regierungskoalition in der DDR sahen sie zwar Chancen eines Wechsels auch im Westen. Sollte dieses Projekt aber scheitern, sahen sie im autoritären Charakter der Ostdeutschen und der Wiedervereinigungspolitik der CDU/FDP eine existenzielle Bedrohung ihrer Partei. Zumindest ihre aktuellen Befürchtungen aber erwiesen sich als unbegründet: In Halle entschied sich die Grüne Partei gegen ein linkes Wahlbündnis